

Bezugspreis
Nr. Halle wöchentlich 2,50 M., bei
postamtlicher Bestellung 2,75 M., durch
die Post 3 M., postamtlich 3 M.,
monatlich 1 M., ohne Befreiung.
Einzelnummern werden von allen Verlags-
postämtern angenommen.
Nr. 5888 des amtl. Zeit.-Verz.
Für die Redaktion verantwortlich:
Dr. Ernst Schulze in Halle.
Hermannsbergverbindung mit Berlin, Leipzig, Magdeburg u.
Kiel (siehe Nr. 176.)

Saale-Zeitung.

Anzeigen
werden die Spalte oder deren Raum
mit 20 Bl., solche aus Halle mit
15 Bl. berechnet und in der Spalte,
von unten nach oben geschrieben, mit allen
Kleinanzeigen-Abteilungen angenommen.
Wochensamstag die Zeile 30 Bl.
Geschiede wöchentlich postfrei;
Sonntags und Feiertage einmal,
sonst postfrei täglich.
(Der Abdruck unserer Original-Artikel
ist nicht gestattet.)

Nr. 86.

Halle a. d. Saale, Montag den 21. Februar

1898.

Die Sammlung.

Wenn eine Wahlparole wirkungslos verpufft ist, so sicher-
lich die „Sammlung“ des Herrn v. Miquel. Der preussische
Finanzminister, der am Sonnabend sein 70. Lebensjahr voll-
endet hat, ist bei diesem Anlaß von allen Blättern der konser-
vativen Partei wie ein Vater des Vaterlandes gefeiert worden.
Einst hat die „Kreuzzeitung“ gerade ihn nicht heftig genug ge-
sehen können; je war es, die die geschäftlichen Verbindungen
gegen ihn anstreifte. In der That hat Herr v. Miquel das
Wort **Wirtschaft** zum Hubschloß befestigt. Man kann einen
liberalen zum Minister machen, hat aber deshalb noch keinen
liberalen Minister. Aber nicht genug mit dem Lob der „Kreuz-
zeitung.“ Herr von Miquel erriet auch die begeisterten
Huldigungen der „Staatsbürgerzeitung“, des Blattes des
reinen Antijeremiasimus. Und Herr von Miquel war, als
er noch nicht Minister und noch nicht Edelmann war, der
nächste politische und persönliche Freund Eduard
Löfflers. Alle Blätter des Antijeremiasimus und des Agrarier-
tums rühmen die staatsmännliche Klugheit des preussischen
Finanzministers. In der That, wer wollte ihm diese
Klugheit abpredigen? Aber bei der Wahlparole der Samm-
lung er sie nicht bewahrt; diese Sammlung ist eine taube
Maus geblieben, und als der Reichstag über der Stottervorlage
oder aus andern Anlaß angesetzt wird, von jener Sammlung,
die Herr v. Miquel gemeint hat, ist überall keine Rede.

Auf der einen Seite vertritt die „Deutsche Tageszeitung“
des Bundes der Landwirthe; „Unsere Wahlparole“ steht fest,
mit der jeha wir in den Kampf; die Stellung zur Stotter-
vorlage ist jedem unserer Kandidaten überlassen.“ Das Bünd-
nis steht also vor vornereinde die Stottervorlage ab. Auf der
anderen Seite hat sich endlich auch in der Industrie die be-
rechtigte Sorge gezeigt, daß sie bestimmt sei, die Kosten der
Sammlung zu bestreiten; nur deshalb wird von der Sammlung
der produktiven Stände gerade, und die Industrie zur Schlei-
pensträger des Mittelbündnisses zu machen. Welche Aufgabe die
Agrarier hinsichtlich der Handelsverträge haben, ist jetzt so klar
ausgesprochen, daß keine Verwahrung mehr möglich ist. Zwar
das Blatt des Herrn v. Miquel nicht noch der richtigen Er-
kenntnis entgegenzuwirken, daß die Agrarier überhaupt keine
Handelsverträge wollen; aber nicht nur, daß die Agrarier keine
Blümen wie Graf Kautz das Gegenstück beweisen, auch die
„Kreuzzeitung“ hat in einer schwachen Stunde den wahren
Endzweck verraten. Alles Gerede von einem Ausgleich der
Interessen des Handels, der Industrie, der Landwirtschaft ist
nichts als Gerede. Während der nationalliberale Abgeordnete
Müller erklärt: Wir stehen und fallen mit der bisherigen
Handelsvertragspolitik, erklärt die „Kreuzzeitung“ als Dinstel-
ger der agrarischen Politik, daß Handelsverträge überhaupt nicht
abgeschlossen werden; je beruht sich auf die Vereinigten Staaten
von Nordamerika, die unter einem vertraglosen Zustand vor-
trefflich gedeihen. Einen vertraglosen Zustand wollen auch
unsere Agrarier; denn die „Kreuzzeitung“ sagt wörtlich:

„Auch der Abgeordnete Bred wird nicht in Zweifel stellen
können, daß die Erlöse der nordamerikanischen Handelspolitik
auf dem autonomen Tarif und auf der Vertragslosigkeit be-
ruhen, also auf zwei Verbindungen, die auch die agrarischen
Führer in Deutschland im Interesse der Geltung der
Handelspolitik des Reiches für notwendig erachten.“

Das ist deutlich und deutlich gesprochen. In diesen Satz
werden sich Handel und Industrie zu halten haben, wenn man
ihnen noch immer mit der Sammlung kommen sollte. Wie
auf dieses Programm hin die produktiven Stände gesammelt
werden sollen, ist unerfindlich; denn für die deutsche Industrie
und den deutschen Handel bedeutet ein vertragloser Zustand
vielleicht geradezu den Ruin. Aber das ist eben das Ziel der
Agrarier, mit aller Welt Zollfreiheit heraufzubeschwören, damit
die landwirtschaftlichen Erzeugnisse des Auslandes künstlich
sergehabelt werden und der inländische Preisverfall möglich
gelteigert wird. Das Agrarierthum kennt überhaupt keine
andere Politik, kein anderes Ziel als ihres Sinnes und
Trachtens als die ungenügende Steigerung der Getreidepreise
und der Preise anderer landwirtschaftlicher Produkte. Wenn
aber Handel und Industrie sich gegen diese Gefahren nicht selbst
schützen, sondern sich durch das Schlagwort der „Sammlung“
umgarnen lassen, wer wird sie dann vor einer verhängnisvollen
Veränderung ihrer Handelspolitik bewahren? Sind die Re-
gierung? Wenn man einen solchen Schutz von den Herren
v. Miquel und Graf Posadowsky erwartet, so hat man auf
Sand gebaut. Beide stehen dem Herrn v. Miquel v. Miquel
viel näher als dem Herrn Müller. Das hat insbesondere
Graf Posadowsky auch noch in diesen Tagen durch seine Er-
klärungen über den Zollgesetz bezeugt.

Der Staatssekretär des Innern hat ohne jeden äußeren Anlaß
Gelegenheit gesucht, sich für den Zollgesetz auszusprechen. Er
hat allerdings nicht geradezu gesagt, man müsse den Zollgesetz
einführen, dagegen hat er klipp und klar ausgesprochen, daß die
Abfassung des Zollgesetzes ein Fehler gewesen sei. Das wird
den Agrarier genügen, um mit aller Kraft für die Einführung
eines Zollgesetzes zu wirken, und weshalb sollte dieses Bestreben,
wenn das Agrarierthum bei den Wahlen siegt, nicht von Erfolg
gekrönt sein? Das hat Herr v. Miquel schon im Jahre
1894 erzählt, er sei bei seinen Bemühungen um die Einführung
eines Zollgesetzes von dem großen W. aufgemuntert worden.
Vor den Wahlen wird man solche Aufmunterungen nicht machen,
da man damit die ganze Textilindustrie in das Lager der
Gegner der Regierung drängen müßte. Aber was nach den
Wahlen geschieht, das weiß niemand. Davor haben sich die
Textilindustriellen selbst zu schützen. Graf Posadowsky hebt
herab, daß inzwischen eine mächtige Textilindustrie angeblüht
sei, also könne man die fremde Wollseide nicht von Deutschland
ausschließen; wenn er gleichwohl die Abschaffung des Zollgesetzes

für fehlerhaft erklärt, so liegt darin also ein Gebauern über
den Ausschluß der Textilindustrie. Und wenn er erklärt, die
fremde Wollseide könne nicht ausgeschlossen werden, so heißt das
noch nicht, sie könne auch nicht einem Zollgesetz unterworfen
werden, denn die Regierung als maßvoll ansieht. Es wird dem
Grafen Posadowsky ein Leichtes sein, zu besapfen, daß ein
Zoll von 30 M. auf den Centner ungewaschener Wollseide, wie
ihn Herr v. Miquel-Daber fordert hat, alles eher als eine
Ausschließung fremder Wollseide von dem deutschen Markt
bedeutet.

Unter diesen Umständen ist es möglich, daß Handel und
Industrie sich rühren und in den nachträglichen Kampf gegen
eine reaktionäre Handelspolitik nach agrarischen Regieren ein-
treten. Mit Recht hat selbst der nationalliberale Geschäfts-
führer des Centralverbandes deutscher Industrie, Herr
Bued, der ursprünglich lebhaft für die Sammlung eintrat,
erklärt, daß die Agrarier in den Reden der letzten Wochen und
in den Beschlüssen ihrer Versammlungen die Interessen der
Industrie durchaus preisgegeben haben. Aber es kommt die
größere Gefahr hinzu, daß eine ganze Anzahl nationalliberaler
Kandidaten sich vollständig in die Wollseide von dem Bund
der Landwirthe begeben hat. Triumphreich berichtet die Presse
des Bundes der Landwirthe von Programmen nationalliberaler
Kandidaten in Nürnberg-Nürnberg, daß sie die bisherige Handelspolitik
verleugern, neue Maßnahmen gegen die Getreideverträge fordern,
eine Verschärfung des Verbotes des Terminhandels, sowie die
Aufhebung der Terminhandels des Bundes der Landwirthe abgelehnt
ist. Je weniger Hoffnung daher auf einen fröhlichen Wieder-
handelspolitik besteht, um so dringender ist das Interesse des
Handelsstandes und der Industrie, diejenigen Parteigruppen zu
unterstützen, die den agrarischen Plänen fest und unerschütterlich
entgegenstehen. Mit der Regierungspolitik der Sammlung ist es
nichts; wohl aber ist es notwendig, alle jene Kräfte im Volke
zu sammeln und zu gemeinsamen Kampf zu führen, die ein
schweres Verhängnis vom deutschen Wirtschaftsleben abwenden
wollen. Wer in dieser entscheidenden Stunde noch schwanken
und wanken kann, der hat sich die Schuld selbst zuzuschreiben,
wenn das Agrarierthum bei den Wahlen siegt und unter einer
Regierung, die vielleicht morgen noch viel agrarischer ausstieft
als heute, auch die extragünstigsten Forderungen der Herren
v. Miquel und v. Miquel-Daber Gesetz werden.

Deutsches Reich.

Hof- und Personalnachrichten.

Berlin, 20. Febr. Der Kaiser empfing gestern mittag den
Vertrag von Sankt-Petersburg, der an der Reichsminister teil-
nahm. Im Besonderen wurde bei dem Kaiserpaar im großen
Saale des Königl. Schlosses ein Ball statt. Am 25. wird der
Kaiser in Wiesbaden anreisen und die Befehle des Ge-
schwades befehligen. Der Chef des Geschwades, Vice-Admiral
Thomson, begiebt sich zu diesem Zeitpunkt nach Wilhelmshaven
und legt seine Pläne auf das Kriegsschiff „Königstuhl“
Wesermündung.

Zu Ehren des Prinzregenten Albrecht von Braun-
schweig fand in münchener Residenzpalast heute abend Gala-
fest statt, an dem sämtliche zur Zeit dort anwesenden Fürst-
lichkeiten und die Minister teilnahmen. Prinzregent Antipod
brachte den Prinzregenten Albrecht aus, der mit einem Hoch auf das Kaiserpaar erwiderte. Kurz
nach 9 Uhr abends legte Prinzregent Albrecht die Reide nach
San Remo fort.

Der deutsche Vorkämpfer in Konstantinopel, Freiherr von
Marshall in Begleitung des ersten Dagomanos Tella sowie
der bisherige deutsche Generalkonsul in Sofia, jetzt zum Ge-
sandten in Unterarmen ernannte Dr. v. Boigt-Albig wohnten
gestern Abend dem Hof in Jidda-Rosch bei und wurden
darauf von Sultan in besonderer Audienz empfangen. Bei
dieser Gelegenheit verließ der Sultan an Mitglieder der
deutschen Vorkämpfer verschiedene Ordenauszeichnungen u. a. an
den Vorkämpfer Freiherr von Marshall die Befehlens des
Emanet-Ordens, Dr. v. Boigt-Albig erhielt den Großorden
des Medjidie-Ordens. Dr. v. Boigt-Albig sowie der zweite
Sekretär Hr. v. Wolms-Galle wurden nach der Audienz dem
Sultan vorgestellt. Fernst Boigt und Minut Bocho wohnten
der Audienz, die Frau v. Marshall beim Sultan hatte, bei.
Der bisherige Legationssekretär bei der selteneren Gesand-
tschaft in Belgien, Legationsrat Freiherr Seyd v. S. in
Burg, ist zum ersten Vorkämpfer in Washington ernannt
worden.

Minister von der Reide.

Nach dem Scheitern des freilichen, von dem Minister des
Innern erlassenen Verordnungs, dem selbst die konservative
Partei im Abgeordnetenhaus des Reichstages der Ungünstigkeit
ausstieß, während das Herrenhaus sich ohne weiteres für das
kleine Sozialgesetz begeisterte, erwartete man auch in
liberalen Kreisen, daß Herr von der Reide, der so gern von
seiner Erfahrungen als Regierungspräsident spricht, dieser
Thätigkeit zurückgeben werde. Diese Erwartung erregten um
so gerechtfertigter, als der preussische Finanzminister nach seiner
Ernennung zum Vizepräsidenten des preussischen Staats-
ministeriums die Parole der Politik der Sammlung ausgab.
Doch Herr von der Reide für eine solche Politik der gezeigte
Minister des Innern ist, wird man nach den Erfahrungen der
letzten Tage nicht in Abrede stellen können. Die Art, wie der
Minister die Presse angeht, hat das Vertrauen in die Polizei
zu erschüttern, — obwohl die Zeitungen nicht gethan haben,
als die Berichte über öffentliche Gerichtsverhandlungen zu ver-
öffentlichen und daran ihre Betrachtungen zu knüpfen — hat
nicht nur in der „bösen“, sondern auch in der „guten“, d. h.
regierungsfeindlichen Presse einen Grund hervorgerufen, der
bei Parole der Sammlung nicht gerade überflüssig sein dürfte.
Auch der „Haut-Korrespondent“ findet, daß die Polizei, in der
schließlich jeder ruhige Bürger sich gewöhnt, eine Art feindliche

Macht zu sehen, mit der man am liebsten gar nichts zu thun
hat, in eine prinzipiell falsche Stellung gerathen ist. Diese je
gerade in Preußen in ein System gebracht worden und zwar
in ein so strenges System, wie es nun einmal in Preußen
üblich ist.

„Und dieses System“, führt das Blatt fort, „hat weder der
Minister noch sein Geheimrat preisgegeben, obwohl es sich
gerade in der letzten Zeit und speziell in den zur Diskussion
stehenden Fällen gezeigt hat, daß es in den wichtigsten An-
lassensfällen nicht auf die öffentliche Meinung, dem Reichs-
und Bundesrat weiter Volkstheorie führt. Herr v. D. Reide ist
ein Politiker, der auch in seiner sonstigen amtlichen Thätigkeit
bisher noch nicht allzu viel Sinn für die Macht und Ver-
antwortung der öffentlichen Meinung gezeigt hat, und es war
deshalb vielleicht nicht zu erwarten, daß es gerade bei diesem
Anlaß gekehrt werde. Aber wir können doch nicht unter-
lassen, darauf hinzuweisen, daß gerade der „Kurs“, der von
dem preussischen Ministerium des Innern geleitet wird, zu
widerholten malen außerordentlich nachlässig auf die politische
Stimmung im ganzen Deutschen Reich geachtet hat. Und in
eben diesem Sinne muß es wirken, daß in dem kürzesten Ton
preussischer bureaukratischer Unthätigkeit Dinge verhandelt
werden, die nun einmal nicht zu vertheidigen, kaum zu ent-
schuldigend sind. Es ist das unter allen Umständen ein
äußerer taktischer Fehler.“

Genau so taktisch richtig hat der Minister in der Frage der
drei hannoverschen Landräthe gesprochen, die einen Wahlkreis
für den Kandidaten des Bundes der Landwirthe im süd-
deutschen Wahlkreis unterzeichnet haben. Der sich gegen die
Nationalliberalen in derselben entgegenkommenden Weise wie
die Welsen ausbricht.

„Sie haben“, sagte der Minister, „die Unterzeichnung des
Antrags für richtig gehalten. Sie finden dessen Befehl und
meinerseits reiflichst zu bedenken. Es ist den Herren dabei
auch gesagt, sie hätten dafür zu sorgen, daß, wenn der be-
treffende Wahlkreis in ferneren Auflagen erdient, ihre
Namen weggelassen würden. Wenn nun hier überhaupt wird,
es sei inzwischen eine zweite Auflage, und zwar wieder mit
dem Namen der Landräthe, erschienen, so kann ich darüber
keine Auskunft geben. Ebenfalls aber ist es nicht
Schuld der Landräthe, wenn die Wahlkreise noch ihre
Namen tragen. Damit betrauche ich meinerseits diesen Fall
für erledigt.“

Und als die Nationalliberalen sich dabei nicht beruhigten,
fertigte der Minister sie mit der Erklärung ab:

„Die Disziplin der Beamten ist doch durch das Verhalten
der Landräthe nicht erschüttert. Die Disziplin unserer
Beamten ist immer gut gewesen und wird es bleiben.“
Siehe das Thun und Lassen des Geh. Reg.-Raths Landrats
v. Püttmann in Stolp. Herr v. D. Reide aber ist es mit
der Politik der Sammlung voller Ernst. — Offiziell bleibt
er noch recht lange Minister des Innern!

Parlamentarisches.

* In der Reichstagsverhandlung über den Antrag Eber-
mann wegen staatlicher Beschäftigung der Privatverehrungs-
gesellschaften erklärte bekanntlich Staatssekretär Graf Posadowsky,
den Reichstag werde in nächster Zeit der Entwurf eines Reichs-
verehrungsgesetzes geben. Wie die Februarnummer
der „Monatsschrift“ mitteilt, hat anfangs Januar eine Konferenz
der Sachverständigen des Verfahrungsverfahrens unter Vorsitz
des Grafen Posadowsky getagt und über die Grundzüge eines
solchen Gesetzes verhandelt. Über das Ergebnis der Be-
rathungen kann nichts mitgeteilt werden, da sie vertraulicher
Natur waren.

* Die Marinevorlage wird in der Budgetkommission
des Reichstags vor dem nächsten Mittwoch nicht zur Be-
rathung kommen. Eine Fraktionssitzung des Centrums hat
dortüber Beschlüsse gefasst, unter dem Vorbehalt der Cen-
trumsfraktion seit Beginn der Session bis heute von Berlin
ferngehalten ist.

* In der Budgetkommission des Reichstags wurde
am Sonnabend die Verabreichung des Extraordinariums des
Militäretats vorgelegt und u. a. die erste Variante für eine
Kolonie in Torgau (500,000 M.) beantragt, ebenso die erste
Variante für eine Kolonie in Ostrow (300,000 M.). Abgelehnt
wurde dagegen die Forderung für den Umbau des Komman-
danturgebäudes in Glatz (48,000 M.), auch die für Beschaffung
eines Bureaubaus in Altona (gefordert 108,380 M.)
wurden getilgt. Abgelehnt wurde ferner die erste Variante für
den Kolonialbau in Braunschweig (Gesamtaufwendung
500,000 M.). Genehmigt wurden dagegen eine Kolonie und der
Umbau einer Garnisonkaserne in Düsseldorf, Kolonien für
Münster, Bielefeld, Koblenz, der Umbau von
Kolonien in G. in Hannover und einer Kolonie in Eisenberg.
Beifällig wurden auch gegen die Stimmen der Abg. Werner
und Singer Kolonien für Artillerie und Train in Darmstadt
(Gesamtaufwendung 1,000,000 und 651,000 M.). Abgelehnt wird
die Artilleriekolone für Alt-Verlath (Gesamtaufwendung 800,000
M.). Ferner eine Infanteriekolone in Altona (in Höhe in Höhe
von 100,000 M.) abgelehnt. Auf Antrag des Abg.
Börschmann werden ferner die Kolonialbauten des Reichsministeriums
200,000 M. mehr eingestellt, also 208,000 M. für Entwurf und
Grundwerb. Für Danzig wird der Umbau eines General-
kommandantengebäudes (254,000 M.) bewilligt; abgelehnt wird da-
gegen die Artilleriekolone für G. in G. (in G. 889,000 M.)
abgelehnt werden ferner die Garnisonkolonien für
Bonn und Schleswig, sowie 45,000 M. zur Beschaffung be-
weiliger Vorkämpfer für Garnisonare.

* Ein ergötzliches Versehen wird aus der Reichstags-
sitzung vom 15. Februar nachträglich bekannt. Bei dem bischöflich
erzielten Etat des Reichsfinanzministeriums ist nämlich dem Staats-
sekretär von Dietmann das erhöhte Gehalt von 30,000
Mark bewilligt worden. Seine Funktion hat daran gedacht,
einen gleichartigen Antrag zu stellen wie bei dem Gehalt der
Staatssekretäre von Roddehoff und Niederbühl, der jedoch nämlich
6000 Mark zu steigen. Die Aufgabe, einen solchen Antrag
zu stellen, war Dr. Lieber zugewiesen. Das Versehen soll nun
den dritten Lesung wieder gut gemacht werden.

* Die Kommission des Abgeordnetenhauses für das Gesetz betr. die Disziplinarrichtlinien der Privatdozenten beendete die erste Verhandlung. § 1 erhielt folgende Fassung: Ein Privatdozent an einer Landesuniversität, der Akademie und dem Obersten Gerichtshof zu Braunschweig, welcher die Befähigung besitzt, ihm seine Stellung als akademischer Lehrer aufzulegen, oder 2. sich durch sein Verhalten in und außer seinem Beruf als Richter oder als Beamten, die seine Stellung als akademischer Lehrer erfordert, unwürdig zeigt, unterliegt den Vorschriften dieses Gesetzes. In dem Entwurf der Kommission wurde § 1 nicht dem Staatsministerium, sondern dem Oberverwaltungsgericht fügen solle, das der Staatsminister Dr. Hoff die Erklärung gab, daß er sich in dieser Beziehung gegen die Abweichung von der Regierungsvorlage entschieden verwahren müsse. Die Staatsregierung werde einer Ausnahmestimmung für die Privatdozenten in keinem Fall zustimmen.

* Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses genehmigte am Sonnabend die Erhöhung des Grundsteuerfusses der preussischen Centralgenossenchaftsklasse um 30 Mill. M. und nahm ferner die Erhöhung des Antiebungsfonds um 100 Mill. M. an.

Parteinachrichten.

* Söcker will, das erwidert vor bereits gestern in Kurze, die sog. Berliner Bewegung wieder aufleben lassen. Wie man in dieser Angelegenheit weiter mittheilt, sprach der in letzter Zeit fort im Hintergrunde gebliebene ehemalige Volksprediger Freitag in einer gut besuchten Versammlung in der neuen Christlich-Sozialen auch die Mitglieder der konservativen Bürgervereine und die Antimilitaristen der deutschen Sozialen Reformpartei vertreten waren. Er forderte auf, mit vollen Kräften auf die Arbeit zu gehen. Mit den Mittelparteien sei in Berlin nicht anzufangen; Christlich-Soziale, Antimilitaristen und Konfessionäre müssen zusammenhalten. Söcker beharrte in seiner Rede auf den Anschlag der Berliner Lehrer, weil die Kommunalbehörden das Grundgehalt auf nur 1000 M. festgelegt hätten. Außerdem will Söcker verurtheilen, gegen die „großen, meist jüdischen Kaufhäuser“ aufzugehen. Verschiedene antimilitärische Redner erklärten auch, daß sie mit Freunden der Fahne des früheren Vorpredigers wieder folgen wollten, und bedauerten, daß man den verdienten Mann so schlecht behandelt habe. Er gehörte zu der Spitze der Berliner Bewegung. Söcker war sehr begeistert, versprach einen Erfolg, und einstimmig wurde beschlossen, daß der Vorstand der christlich-sozialen Partei mit den nachgehenden Personen aus den anderen Parteien zu gemeinsamer Arbeit bei den Wahlen zusammenzutreten sollte. — Also eine „Sammlung“ um Söcker — die gerade noch gefehlt. Um ihr ein trübseliges Ende vorherzujagen, braucht man gerade kein großer Prophet zu sein!

* Von einem bevorstehenden sozialdemokratischen Scherbengericht erhalten wir durch den „Vorwärts“ Kunde. Danach hat sich die sozialdemokratische Reichstagsfraktion in ihrer letzten Sitzung mit der Rede beschäftigt, die der für den dritten Reichstagswahlkreis an Stelle Vogeler's neu aufgestellte Reichstagskandidat Seine er gehalten hatte. Herr Scher, über dessen persönliche Bekanntschaft wir erst dieser Tage Näheres mittheilen, hatte sich in seiner Kandidaturrede über die Verbilligung von Militärleistungen in einer Weise ausgesprochen, die stark an den Standpunkt der Nationalsozialen erinnerte. Er hatte geltend gemacht, daß gegen die Einräumung größerer Rechte und Freiheiten die Arbeiter auch kämpfen und kämpfen werden könnten. Diese Behauptungen sind aber den zielbewußten Genossen verächtlich gewesen und scheinen zu dem Versehen vor dem Forum der parlamentarischen Fraktion Veranlassung gegeben zu haben. Die Verbilligung ist noch nicht zum Abschluß gelangt. Es wird noch einmal verhandelt werden, was zu dieser Sitzung hat auch Herr Scher eine Einladung erhalten.

* Die Antimilitaristen haben jetzt auch den Wahlkreis Preussisch-Angermünde, der durch den konservativen Kandidat A. D. v. Winterfeldt im Reichstage vertreten wird, in Angriff genommen. Die „Kreuzzeitung“ fragt nun trauernd: „Womit mag man diesen Einbruch wohl rechtfertigen? Wahrscheinlich werden die Antimilitaristen ihn damit rechtfertigen, daß sie meinen, den Konservativen gegenüber übertrifft seiner Rechtfertigung zu bedürfen.“

* In Baden will die so ziemlich im Verborgenen blühende konservative Partei in sechs Reichstagswahlkreisen Kandidaten aufstellen. Der Vorwurf dabei werden nur Sozialisten und Centrum haben.

Verwaltung und Reichsfrage.

* Die deutschen Eisenbahnen (ohne die kaiserlichen) ergaben im Januar d. J. im Reichsverkehr 3,260,285 M. mehr und aus Frachten 2,094,295 M. mehr als im Januar 1897. Die durchschnittliche Einnahme auf einen Tonnenkilometer oder gegen Frachterhebung beförderten Güter ist von 4,08 auf 3,91 Pfg. gefallen. Die danach eingetragene durchschnittliche Verbilligung der Frachten um rund 4 Proc., erklärt sich aus Tarifveränderungen verschiedener Art, wie Herabminderung der Einheitspreise, Verbilligung vieler Artikel in niedrigere Tarifklassen, erweiterte Einfuhrung ermäßigter Ausnahmetarife für Waffentransporte etc. Auf die Abnahme der durchschnittlichen Einnahme auf einen Tonnenkilometer beim Viehtransport von 8,64 auf 8,14 Pfg. = 5,9 Proc. ist neben der Einführung von Frachtermäßigungen auf einzelnen Eisenbahnen die Abschaffung der direkten Expedition und das Falllassen der Abfertigungsgebühren bei Umexpeditionen von Einfluß gewesen.

* In der Begründung der vom Bundesrathe genehmigten Vorlage wegen Aenderungen von 6 Bestimmungen über das Postwesen wird der genannte Einnahme-Ausfall, den die bekannten Reformen nach Ansicht der Postverwaltung zur Folge haben werden, auf 5 1/2 Millionen Mark veranschlagt. Als Äquivalent dafür beantragt bekanntlich die Regierung die Ausdehnung des Postregals, d. h. die Verbilligung geschlossener Briefe und auf Verlangen des Absenders mit einer Postanfertigung versehenen Umpostenscheine verbriefte. In der Begründung dieser Forderung wird das Interesse des Allgemeinwohls und der öffentlichen Ordnung betont und auf das Beispiel der anderen europäischen Staaten mit hochentwickelter Verkehrsverrichtungen hingewiesen. Eine Entschädigung der Privatpostanstalten, die doch nicht mehr als recht und billig wäre, ist in diesem Gelegenheit nicht vorgehen und wird auch in der Begründung mit feinem Worte angelehnt.

* Eine Reihe von anerkennenswerthen Bezeichnungen im Berliner Sitzungsprotokolle stehen, wie schon kurz erwähnt unmittelbar bevor. So soll, wie die „Nat.-Ztg.“ berichtet, u. a. die Verordnung ergehen, daß eine weibliche Person auf die Benutzung eines Wagens hin nicht mehr führt werden kann, weil sie angeblich die Sitzungsprotokolle der Vorarbeiten überträgt habe. Erfolgt eine Erläuterung auf die Wahrnehmung eines Polizeibeamten hin und wird die betr. Person dann auf der Polizeiwache nicht rekognoscirt, so ist, falls man es mit einer nicht unrichtig unter Sitzungsprotokolle Kontrolle gehaltenen Person zu thun hat, dieselbe sofort mit der Drohke nach dem Polizeipräsidium am Anwesenort zu bringen, von dem die weiteren Nachforschungen unverzüglich einzustellen sind. In d. h. Polizeirevierern soll auf das Strengste darauf geachtet werden, daß mit notwendigen Nachforschungen nicht ohne nöthige Beweismittel fortgefahren wird. In d. h. Polizeirevierern sollen sofort geachtet werden, daß mit notwendigen Nachforschungen nicht ohne nöthige Beweismittel fortgefahren wird.

bringen, von dem die weiteren Nachforschungen unverzüglich einzustellen sind. In d. h. Polizeirevierern soll auf das Strengste darauf geachtet werden, daß mit notwendigen Nachforschungen nicht ohne nöthige Beweismittel fortgefahren wird. In d. h. Polizeirevierern sollen sofort geachtet werden, daß mit notwendigen Nachforschungen nicht ohne nöthige Beweismittel fortgefahren wird.

* Von einer eigentümlichen Ausweisung aus Berlin berichtet die „Post“. Der Admiral Wolff aus Berlin war in einer kleinen Stadt der Provinz Brandenburg wegen Gotteslästerung und Majestätsbeleidigung, begangen am 22. d. M., nach Monaten Gefängnis verurtheilt, ein ebenfalls daran beteiligter Genosse bekam eine erheblich höhere Strafe. Nachdem Wolff seine Strafe verbüßt, begab er sich nach Berlin, um sich die Erlaubnis zu verschaffen, sich wieder in Berlin niederzulassen. Die Polizei erhielt er aber vom Polizeipräsidenten die Aufforderung, sich aus Berlin und Umgebung zu entfernen, da er ein für die öffentliche Sicherheit und Moralität gefährlicher Mensch sei. Wolff erhob Widerspruch beim Oberpräsidenten, und nachdem er abförmlich geblieben war, begab er sich nach Berlin, um sich wieder niederzulassen. Er ließ sich in Berlin nieder und hat bereits die Wiederannahme des Berufs beantragt. Sollte er aber selbst in angemessener Frist eine Majestätsbeleidigung oder Gotteslästerung ausgeübt, so ist doch nicht anzunehmen, daß er für die öffentliche Sicherheit der Provinz Berlin als ein gefährlicher Mensch angesehen werden würde. Der Senat des Oberverwaltungsgerichts unter dem Vorsitz seines Oberpräsidenten vertritt sich insofern die Lage des Wolff als unbegründet ab und machte geltend, § 2 Nr. 2 des preussischen Gesetzes über die Ausnahme von ausgedehnten Rechten vom 31. Dez. 1843 gelte der Landespolizeibehörde, endliche Personen, die zu Ausübung oder wegen eines Verbrechen, wodurch der Täter sich als ein für die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlicher Mensch darstellt, zu irgend einer anderen Strafe verurtheilt worden sind, von dem Aufenthalt an gewissen Orten ausgeschlossen. Nach der Bestimmung des Gesetzes dürfte die öffentliche Sicherheit oder Moralität gefährlichen Menschen durch.

* Ein reizendes Bureaufantaisiechen theilt der „Vorwärts“ mit. Ein Arbeiter zog im Oktober v. J. von Domnau nach Nieder-Waltersdorf, wo ihm sein drei Monate altes Kind starb. Das Ableben des Kindes wurde vorchriftsmäßig kundgemeldet. Das Kind war nicht ungesund, sondern starb an Scharlach, ein gewöhnliche fieberhafte Krankheit. Bis zum 30. Januar erlitten alle auswärts geborenen und hier zugezogenen Kinder, welche nicht oder bisher ohne Erfolg gepumpt worden sind, behufs Enttarnung in die Impfstelle im hiesigen Gemeindebureau amgeliefert werden. Der Arbeiter hatte kein unpflanzliches Kind, denn das im vorigen Jahre geborene ist erkrankt, behielt aber als die Bekanntheit nicht auf sich, trotzdem bekam er dieser Tage einen Strafbefehl von 1 Mark. Auf seinen dagegen erhobenen Widerspruch, in welchem er die Angelegenheit darlegte, daß, ging ihm leitens des Amtsvorsetzers folgender Bescheid zu: „... mit dem Erwiden wird, daß es ganz gleichgültig ist, ob das Kind verstorben ist oder lebt, deshalb müßte der Strafbefehl amgelindert werden. Um übrigens kann ich Ihnen nur anheimstellen, richterliche Entscheidung zu beantragen.“ Bravo, bravo! Es lebe der Bureaufantaisie!

* Dem Redacteur Thomassenki in Bromberg wurde unter Strafandrohung aufgegeben, die von ihm begünstigten politischen Privatdickwäler zu schließen.

Sozialwirtschaftliche.

* Auf Ringbildungen mit Hilfe der Central-Genossenschaftskasse macht die „Frei. Ztg.“ aufmerksam. Aus den Verhandlungen, welche jüngst eine Verarmung der Spiritusfabrikanten Deutschlands und die Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer gepflogen haben, ergibt sich, daß die Bremer gegenwärtig dabei sind, sich zu provinziellen Verkaufsgenossenschaften zusammenzuschließen. Schon sollen sieben große Genossenschaften dieser Art gebildet sein. Diese beschließen dann, unter sich wieder ein Kartell zu bilden, um sich zu einer Central-Genossenschaft zusammen zu schließen, die dann die allgemeinen imengeldenden Verkaufspreise vorschreibt. Für die Durchführung rechnet man eine Beteiligung aus der Central-Genossenschaftskasse, auf welche regelmäßig im Betrag von je drei bis vier hundert Mark des Kontingents. Das ist, wie das genannte Blatt hierzu bemerkt, allerdings ein lauberes Bündel, um auf gewöhnlichen Wege durch Staatszweck mit Hilfe der Gesetzgebung und der Konsumenten noch weit über die Zielgröße hinaus zu treiben. Bekanntlich ist eine solche Ringbildung schon wiederholt versucht worden. Jetzt aber hofft man mit Hilfe der Central-Genossenschaftskasse zu erreichen, was damals sich unter Mißhilfe von Berliner Banken nicht erreichen ließ.

* Auf die Eingabe der Brandenburgischen Landwirtschaftskammer an den wegen der Hochwasserfluthen im vom Provinzialparlament der Provinz eine beachtenswerthe Antwort eingegangen. Es wird darin mitgetheilt, daß der Landwirtschaftskammer in d. h. an ihn gerichteten Antrag, den einzelnen Gemeinden der Niederungen an den Ufergebieten, entsprechend den gebotenen, nachgewiesenen Schäden, schenktig eine ausreichende staatliche Unterstützung zu theil werden zu lassen, dem Minister des Innern übermittelte habe, da verartige, die Erhaltung im Haus- und Nahrungsmittel betreffende Fragen zu dessen Hofort gehörten. Der jetzige Stand der Verhandlungen in dieser Angelegenheit würde der Kammer im allgemeinen aus den Erörterungen bekannt sein, die im Landtage hierüber gepflogen worden seien. Da zwischen den Schadenfeststellungen der Landwirtschaftskammer und den amtlichen Feststellungen der Lebensversicherungsämtern in einigen Kreisen sehr erhebliche Differenzen zu Tage getreten seien, so habe man Veranlassung genommen, hierüber noch genauere Feststellungen zu treffen.

* Von der agrarischen Verschleidenheit gab in der Sonnabendung der Budgetkommission des Reichstages der Kriegsminister v. Goller eine hübsche Probe zum besten, indem er, bei Behandlung von Fürsichden bei dem von dem Reichstag beschlossenen, die Reichsregierung, welche eine Entschädigung von 1700 M. für einen später am 214 M. eine Entschädigung von 58,000 M. für einen später am 7000 M. festgestellten Fürsichden gefordert hatte. Im Laufe der Verhandlung hat das weitere zur Sprache, daß in dem Entwurf, welche die Truppenleistungen betreffen, werden, die Reichsregierung, welche eine Entschädigung von 1700 M. für einen später am 214 M. eine Entschädigung von 58,000 M. für einen später am 7000 M. festgestellten Fürsichden gefordert hatte. Im Laufe der Verhandlung hat das weitere zur Sprache, daß in dem Entwurf, welche die Truppenleistungen betreffen, werden, die Reichsregierung, welche eine Entschädigung von 1700 M. für einen später am 214 M. eine Entschädigung von 58,000 M. für einen später am 7000 M. festgestellten Fürsichden gefordert hatte.

Soziale Angelegenheiten.

* Die auf Veranlassung des Reichstages stattfindenden Erhebungen über die gewerbliche Arbeit von Kindern unter 14 Jahren erstrecken sich auf folgende Fragen:

1. Wie hoch ist die Gesamtzahl der außerhalb der Fabriken gewerblich thätigen Kinder unter 14 Jahren? Dabei sind als gewerblich thätig alle Kinder zu zählen, die eine auf Erwerb gerichtete Thätigkeit ausüben, sofern es sich nicht um eine Beschäftigung in der Landwirtschaft, dem Garten- und Obstbau oder im Handwerksbetriebe handelt, auch wenn die Beschäftigung für diesen Zweck nicht erhalten und in keinem Verhältniß zu einem Gewerbetreibenden stehen, sondern nur ihren Anhangen bei der Arbeit leisten.

2. In welchen Gewerbezweigen und mit welcher Art gewerblicher Arbeiten sind die Kinder thätig?

3. Wie hoch ist annähernd die Zahl a) der in einzelnen Gewerbezweigen, b) der innerhalb der einzelnen Gewerbezweige mit den nach Ziffer 2 ermittelten Arten gewerblicher Arbeiten beschäftigten Kinder?

Weiter ist zu berichten, ob die gewerbliche Beschäftigung von Kindern bisher zu polizeilichem Veranlassung Anlaß gegeben hat und in welcher Weise eventuell versucht wurde, die zu Tage getretenen Mißstände abzustellen.

* Das furchtbare Unglück an der „Schw. Karolinenstraße“ von einem zur Erörterung der Frage führen, ob denn alles geschieht, was geeignet ist, solchen Unglücksfällen vorzubeugen. Vor allem muß gefragt werden, ob die staatliche Veranfassung im allgemeinen eine ausreichende ist. Diese Frage aber ist, wie die „Frei. Ztg.“ hervorhebt, entschieden zu verneinen. Die Bergwerke sind zu groß, die Arbeiter sind überlastet, so daß die Revisionen der Gruben nicht oft genug ausgeführt werden können. Die Reviere umfassen gewöhnlich 10 bis 12, 14,000 Mann Bergarbeit. Es wäre nöthig, eine Reche alle 14 Tage zu revidieren, was aber gegenwärtig durchaus unmöglich ist. Den Revierearbeitern stehen zwar Bergrevisorien als Hilfe zur Seite. Diese haben aber mit der Unterordnung kleinerer Unglücksfälle der Vernehmung der Reviere z. zu thun. Den sonstigen Revierearbeitern liegt außerdem der Reviere z. zu thun. Den sonstigen Revierearbeitern liegt außerdem der Reviere z. zu thun. Den sonstigen Revierearbeitern liegt außerdem der Reviere z. zu thun.

Ger. und Marine.

* Kapitän Rosenbach ist am Freitag vom Kaiser zum Gouverneur von Kiautschau ernannt worden.

* Die Bildung einer Flottille für unsere Truppen in Kiautschau — dies dankenswerthe Ziel hat ein Aufbruch eines in Berlin zusammengetretenen Ausschusses zum Gegenstande. Der Aufbruch richtet sich insbesondere an den deutschen Reichstagsabgeordneten, um Beiträge aus den literarischen Schätzen der Reichstagsabgeordneten zu sammeln, die den Zweck unterstützen. An der Spitze des Ausschusses stehen die Herren Kapitän J. S. a. D. Wessing, Konrad A. D. Wolfer in Bismarck Reichsminister's Verlag und Ober-Redacteur Hugo Jacobi in Berlin. Zutreffend hat das Komitee in seinen Anträgen, nach Kiautschau, um Beiträge aus den literarischen Schätzen der Reichstagsabgeordneten zu sammeln, die den Zweck unterstützen. An der Spitze des Ausschusses stehen die Herren Kapitän J. S. a. D. Wessing, Konrad A. D. Wolfer in Bismarck Reichsminister's Verlag und Ober-Redacteur Hugo Jacobi in Berlin. Zutreffend hat das Komitee in seinen Anträgen, nach Kiautschau, um Beiträge aus den literarischen Schätzen der Reichstagsabgeordneten zu sammeln, die den Zweck unterstützen. An der Spitze des Ausschusses stehen die Herren Kapitän J. S. a. D. Wessing, Konrad A. D. Wolfer in Bismarck Reichsminister's Verlag und Ober-Redacteur Hugo Jacobi in Berlin.

* Der Kaiser hat bestimmt, daß diejenigen Generale der Infanterie, Kavallerie und Artillerie zur Disposition, die in der Anstalt als Chef, a la suite von Truppenstellen sind, und a la suite des Armees, sowie die Generaladjutanten und Generale a la suite des Armees, geführt werden in Ausübung der Kommandos vom 12. Februar 1888 nicht über all als aktive Generale zu rangieren haben, sondern auch bei militärischen festlichen Veranlassungen, Hoffesten und dergleichen den aktiven Generalen völlig gleich zu behandeln sind. Auch will der Kaiser, daß den genannten Generalen in Garnisonen Verbilligung mit dem ihnen zugehörigen Gehaltszuschlag, der in Ausübung der Kommandos vom 12. Februar 1888 nicht über all als aktive Generale zu rangieren haben, sondern auch bei militärischen festlichen Veranlassungen, Hoffesten und dergleichen den aktiven Generalen völlig gleich zu behandeln sind. Auch will der Kaiser, daß den genannten Generalen in Garnisonen Verbilligung mit dem ihnen zugehörigen Gehaltszuschlag, der in Ausübung der Kommandos vom 12. Februar 1888 nicht über all als aktive Generale zu rangieren haben, sondern auch bei militärischen festlichen Veranlassungen, Hoffesten und dergleichen den aktiven Generalen völlig gleich zu behandeln sind.

* Auf der Germanenreise in Kiel wurde am Sonnabend das für die deutsche Marine gebaute Torpedoboot „G 89“ vom Stapel gelassen. In Form und Konstruktion weicht dasselbe von den bisherigen Torpedobooten wesentlich ab. Es ist ausnehmend auslaufend Material hergestellt, der Schiffsrumpf aus Rüstholz. Für die Dampfmaschine der Maschine ist das System der Ballerovetterlei gewählt, das dem Boote eine größere Fahrgeschwindigkeit geben soll, als sie durch die bisher zur Anwendung gebrachten Kolbenmaschinen erreicht wurde.

Sünde und Kirche.

* In dem Schreiben des Staatssekretärs Staatsministers v. Bülow an den „Evangelischen Bund“ bemerkt die königliche „Opinion“: „Wir konservativen, das hier kein Zweifel obwalten kann über die Gesinnung der deutschen Regierung und des deutschen Volkes für Italien. Das Antwortschreiben des v. Bülow, das unter dem Titel: „Evangelischer Bund und Landes, dessen Verhältnisse er vollkommen genau darstellt, in jeder Beziehung mit der Auffassung, die der bet. Vorgang hier in Rom gefunden hat. Die zwischen Deutschland und Italien bestehenden Bande sind so fest, die gegenseitigen Interessen so klar und die wechselseitigen Verhältnisse so sicher, daß die beiden Völker ausnahmslos eine Trübung oder Wiltzungen zu erregen.“

Kolonialangelegenheiten.

* In der Zeitung der Kolonialverwaltung tritt demnach ein Wechsel ein, da der Freiherr v. Nidhoben, der seit seiner Ernennung zum Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt die Leitung der Kolonialangelegenheiten im Nebenamt befehlig, hierauf zurücktritt. Da der zu seiner Unterfertigung berufene Generalkonsul Dr. Schmidt-Beda seine Neigung nicht, endgültig an die Spitze der Kolonialverwaltung zu treten und auf seinen Posten nach Potsdam zurückzutreten, so wird eine neue Persönlichkeit das hiezu berufen werden müssen.

Deutscher Reichstag.

45. Sitzung vom 19. Februar, 2 Uhr.

Das Haus ist sehr schwach besetzt (bei Beginn nur 20 Abg.)

Am Bundesratsstisch: Staatssekretär Graf Posadowski.
Vgl. Knapp bittet wegen Krankheit um Urlaub bis Ende der Session.

Ein Antrag des Abg. Knapp um Fortgang des beim Antisemitismus gegen den Antragsteller schwebenden Strafverfahrens wegen angeblicher Verletzung des § 186 des Strafgesetzbuchs bildet den ersten Gegenstand der Tagesordnung.

Abg. Knapp befragt über diesen Antrag, der gestellt sei, weil eine Abänderung in Betracht komme.

Präsident v. Poso schlägt vor, den Antrag der Geschäftsordnungscommission zu überweisen.

Abg. Sinner (Soz.) und Abg. Benzmann (frei.) widersprechen.

Abg. Götter beantragt, den Antrag an die Geschäftsordnungscommission zu verweisen.

Der Antrag wird angenommen.

Die Beratung der Dampfersubventions-Vorlage wird hierauf fortgesetzt.

Abg. Graf Arnim (Np.) empfiehlt die Vorlage. Unserem Antrag müsse Gelegenheit gegeben werden, deutsche Schiffe zu benutzen.
Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Dr. Bernes (frei. Vgl.): Seine Partei nehme so gut wie der Vortrager in Anspruch, national zu sein, nehme aber trotzdem in wirtschaftlichen Fragen eine abweichende Stellung ein.

Abg. Mollenhuth (Soz.) nicht nachzuweisen, daß eine Steigerung des Verkehrs allgemein eingetreten sei, auch nicht subventionierten Linien.
Abg. Freier (Centr.) legt gegenüber dem Abg. Dr. Homacher hervor, daß Vgl. Müller-Schubert nicht die Vize-Vize-Präsidenten als Verbindung sine qua non hingestellt habe, sondern nur die Unterstützung von ihm und Beibehaltung derselben habe.

Abg. Graf Arnim (Np.) empfiehlt die Vorlage. Unserem Antrag müsse Gelegenheit gegeben werden, deutsche Schiffe zu benutzen.

Die Diskussion wird hierauf geschlossen und die Vorlage an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung Montag 1 Uhr: Militärkret.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom 19. Februar, 2 Uhr.

Am Ministertische: Kommission.

Das Haus beschließt sich zunächst mit dem Bericht der Wahlkommission über die Wahl des Abg. Dr. Sinner (Soz.) (Kant. gewählt 4. März), welche die Kommission für ungültig zu erklären beantragt.

Abg. Stephan-Deuten (Centr.) beantragt die Entgehung über die Gültigkeit der Wahl noch auszufragen und zunächst einige Zeugen über Unregelmäßigkeiten bei dieser Wahl zu vernahmen, insbesondere darüber, ob im Urwahlbezirk Konstantin die Entscheidung der Wahl durch das Los der Wahllochkarte, Lehmer Gloritz, den ein Stimmzettel dreier, den anderen Lehmer gefaltet und ob der Wahlvorsteher Selwig die verhängene Faltung der Zettel beobachtet und dabei gewußt hat, welche Namen jeder Zettel enthielt.

Die Abg. Zierobek (Vgl.) und Schmeider (frei. Volksp.) beantragen ebenfalls Auslegung der Beschuldigung und Vornahme einer genauen Nebe von Erhebungen über behauptete Wahlunregelmäßigkeiten.

Abg. Schmeider (frei. Volksp.) zieht für seine Person keinen Antrag zurück und beantragt, nach zwei Wahlmänner der ersten Wahlung sich zu vernehmen.

Präsident v. Arndt macht darauf aufmerksam, daß der Antrag doch bestehen bleibe, da Abg. Zierobek ihn nicht zurückziehe.

Abg. Dr. Zierobek (Vgl.) hält die Erhebungen für nicht erforderlich und begibt sich im Widerspruch mit dem Antrag vorzutragen weiterer Erhebungen.

Abg. v. Neumann (kons.) bittet, dem Kommissionsbeschluss gemäß die Ungültigkeit der Wahl auszusprechen.

Abg. Schmeider (frei. Volksp.) zieht eine ausführliche Schilderung des Wahlvorganges und hält die Benennung der sechs Urwähler der ersten Wahlung für erforderlich zu vernehmen.

Abg. v. Neumann (kons.) zieht sich den Ausführungen des Abg. v. Neumann an. Eine Zurückverweisung sei eine unnütze Verzögerung der Sache. Amtlich beurkundeten Protokollen gegenüber könne man doch nicht weitere Erhebungen fordern.

Abg. Dr. Stephan-Deuten (Centr.) begründet seinen Antrag. Der Vortrager mache zu ungünstig Halt vor der Person des Wahlvorstehers.

Abg. v. Wapenhelm (kons.) bittet, alle Anträge abzulehnen. Die Wahl des Herrn Dr. v. Wölzleiger wird nach Ablegung sämtlicher entgegengehaltener Anträge gegen die Sitzung der Wahlen, des Centrums und der Freisinnigen für ungültig erklärt.

Das Haus legt sodann die zweite Beratung des Etats des Ministeriums des Innern bis zum Titel „Unterstaatssekretär“ fort.

Abg. Richter (Soz.) hat gestern angeregt, in einer vollständigen Durchsicht des Materials der Handhabung des Vereins- und Bekannlichkeitsrechts zusammenzufassen und sie den Antragsformern und Kandidaten zufassen zu lassen, damit ihre Auslegungen mehr „geklärt“ werden.

Abg. Richter (Soz.) hat gestern angeregt, in einer vollständigen Durchsicht des Materials der Handhabung des Vereins- und Bekannlichkeitsrechts zusammenzufassen und sie den Antragsformern und Kandidaten zufassen zu lassen, damit ihre Auslegungen mehr „geklärt“ werden.

Abg. Richter (Soz.) hat gestern angeregt, in einer vollständigen Durchsicht des Materials der Handhabung des Vereins- und Bekannlichkeitsrechts zusammenzufassen und sie den Antragsformern und Kandidaten zufassen zu lassen, damit ihre Auslegungen mehr „geklärt“ werden.

Abg. Richter (Soz.) hat gestern angeregt, in einer vollständigen Durchsicht des Materials der Handhabung des Vereins- und Bekannlichkeitsrechts zusammenzufassen und sie den Antragsformern und Kandidaten zufassen zu lassen, damit ihre Auslegungen mehr „geklärt“ werden.

Abg. Richter (Soz.) hat gestern angeregt, in einer vollständigen Durchsicht des Materials der Handhabung des Vereins- und Bekannlichkeitsrechts zusammenzufassen und sie den Antragsformern und Kandidaten zufassen zu lassen, damit ihre Auslegungen mehr „geklärt“ werden.

Abg. Richter (Soz.) hat gestern angeregt, in einer vollständigen Durchsicht des Materials der Handhabung des Vereins- und Bekannlichkeitsrechts zusammenzufassen und sie den Antragsformern und Kandidaten zufassen zu lassen, damit ihre Auslegungen mehr „geklärt“ werden.

Abg. Richter (Soz.) hat gestern angeregt, in einer vollständigen Durchsicht des Materials der Handhabung des Vereins- und Bekannlichkeitsrechts zusammenzufassen und sie den Antragsformern und Kandidaten zufassen zu lassen, damit ihre Auslegungen mehr „geklärt“ werden.

Abg. Richter (Soz.) hat gestern angeregt, in einer vollständigen Durchsicht des Materials der Handhabung des Vereins- und Bekannlichkeitsrechts zusammenzufassen und sie den Antragsformern und Kandidaten zufassen zu lassen, damit ihre Auslegungen mehr „geklärt“ werden.

Abg. Richter (Soz.) hat gestern angeregt, in einer vollständigen Durchsicht des Materials der Handhabung des Vereins- und Bekannlichkeitsrechts zusammenzufassen und sie den Antragsformern und Kandidaten zufassen zu lassen, damit ihre Auslegungen mehr „geklärt“ werden.

Abg. Richter (Soz.) hat gestern angeregt, in einer vollständigen Durchsicht des Materials der Handhabung des Vereins- und Bekannlichkeitsrechts zusammenzufassen und sie den Antragsformern und Kandidaten zufassen zu lassen, damit ihre Auslegungen mehr „geklärt“ werden.

Advertisement for 'Meinert's' cigars and tobacco. Text: 'Meinert's schwarz und conlert in allen Qualitäten. Grösste Auswahl billigste Preise. Marktplatz 18.'

